www.solidaritaetinfo.wordpress.com

SOLIDARITÄT

...die Betriebzeitung für ein solidarisches Miteinander | Ausgabe Nr. 5 | April 2018

DA GEHT DOCH NOCH MEHR?!

6%, mindestens 200 Euro mehr – so lautet die Hauptforderung bei der Tarifrunde 2018 für die knapp 1,5 Millionen kommunalen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Bundestarifkommission von ver.di hat diese entsprechend der Rückmeldungen in den vorangegangenen Mitgliederbefragungen aufgestellt.

Bei den Verhandlungen wurde sie als überzogen dargestellt und insbesondere die soziale Komponente in Form des Mindestbetrags von 200 Euro abgelehnt. Dabei ist der Mindestbetrag sicherlich alles andere als revolutionär: Er stellt nur sicher, dass diejenigen mit geringem Entgelt auch von dem Abschluss profitieren – denn 6% von einem hohen Gehalt sind natürlich deutlich mehr als bei einem geringeren. Nicht übersehen darf man dabei, dass diejenigen in den höheren Entgeltgruppen dennoch besser abschneiden, als alle anderen – denn ab 200 Euro greifen die 6%.

Der Mindestbetrag ist daher ein Schritt in die richtige Richtung, aber konsequenter wäre ein Festbetrag, von dem alle gleichermaßen profitieren.

Die diesjährige Streiktaktik von ver.di, bei der stundenweise und dezentrale Streiks ausprobiert wurden, ist sicherlich nicht für alle Branchen geeignet. Auch führt sie dazu, dass manche Bereiche weniger bestreikt wurden, als bei vergangenen Arbeitskämpfen. Aber es ist als ein Versuch unberechenbarer zu streiken und neue Arbeitskampftaktiken auszuprobieren, interessant. Aus positiven wie negativen Erfahrungen können – wenn die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden und das Erlernte weiterentwickelt wird – neue Wege geschaffen werden, die es langfristig schaffen, uns im Arbeitskampf besser aufzustellen. Der gemeinsame Streiktag bei dem Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen, Gemeinden und Städten zusammenkommen, ist jedoch nicht ersetzbar. Hier können sich Kolleginnen und Kollegen austauschen, vernetzen und es entsteht ein Gemeinschaftsgefühl. So werden der individuelle Kampf gegen Arbeitsdruck und -belastung, Stress und Ängste kollektiviert und fühlt man sich nicht mehr alleine.

Um jedoch bei Tarifrunden gute Ergebnisse zu erzielen,



Horst Seehofer - jetzt hat der CSUler nicht nur sein Heimat- & Innenministerium, aus lauter Männern, sondern soll auch darüber entscheiden, wieviel unsere Arbeit wert ist?

muss der Organisationsgrad in den Dienststellen erhöht werden – ver.di vertritt unsere Interessen in den Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV).

Auch wenn sicher nicht immer das gewünschte Ergebnis erzielt wird, so wären wir ohne ver.di der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert und es läge im Verhandlungsgeschick von jedem einzelnen, wie lange sie oder er arbeiten muss, wie hoch das Gehalt, wie viele Urlaubstage es gibt etc.. Kritik ist daher berechtigt, wenn die/der KritikerIn versucht, damit ver.di zu korrigieren und Fehler und Unzulänglichkeiten offen anspricht, damit sie auch verbessert werden können. Wenn sie jedoch nur dazu dient, die eigene Untätigkeit zu rechtfertigen, während andere den Gehaltszuwachs erkämpfen und Angriffe des Arbeitgeberverbandes auf unsere Arbeitsbedingungen abwehren, dann schadet sie uns allen und bringt niemanden voran.

Die Gewerkschaftsmitgliedsschaft ist daher allen Beschäftigten zu empfehlen, ist sie doch unsere Interessenvertretung. Wichtig ist jedoch auch, darüber hinauszugehen – wir sind ebenso wie andere Beschäftigte Teil der Klasse der Lohnabhängigen. Wir verkaufen unsere Arbeitskraft um Gehalt zu erhalten, wie andere in der Gastronomie, in der Metallindustrie oder weiteren Branchen. Wir gehören damit alle zur ArbeiterInnenklasse und streben nach einem Leben, in dem wir nicht mehr Angst um unsere ökonomische Existenz haben müssen, einem Leben in dem wir ausreichend Freizeit haben und gesellschaftliche Wertschätzung für das, was wir leisten, erhalten. Und natürlich auch einen Schutz vor (Alters-) Armut und Prekarisierung. Ohne uns könnte die Industrie keine Gewinne machen, braucht es doch Kinderbetreuung, Krankenhäuser, Nahverkehr oder ein funktionierendes Dienstleistungssystem, das vom Winterdienst bis zu Wohngeldgewährung reicht.



KAV - unser (Tarifverhandlungs-) Gegner hat ein „beschauliches“ Büro auf der Anhöhe in der Panoramastraße in Stuttgart.

Ein System, das jedoch die Arbeit aller als gesellschaftlich notwen-

1. MAI - UNSER TAG

Im Frühjahr 2018 ist es um die Situation auf dieser Welt nicht gut bestellt. Die Konfrontation zwischen den globalen Machtblöcken hat sich verschärft, die Kriegsgefahr nimmt zu. Es geht dabei um die Erweiterung von Herrschaftssphären, wirtschaftliche Interessen oder den Zugang zu Rohstoffen.
Die Auswirkungen dieser Konflikte machen viele der Menschen aus dem globalen Süden zu Geflüchteten, die innerhalb ihrer Region oder in Nachbarländer fliehen, oder auch durch viele Länder irren müssen – bevor sie einen Weg nach Europa finden. Falls ihnen dieser nicht versperrt wird und sie die oft lebensgefährlichen Passagen überleben.
Auch die BRD mischt in diesem schmutzigen Spiel kräftig mit, für ihre Profite gehen die Klasse der Ausbeuter und ihre politischen Handlanger über Leichen. So ist für die nächsten Jahre beispielsweise eine Verdopplung der Rüstungsausgaben geplant – während für soziale Bereiche angeblich kein Geld da sein soll.
Arbeitshetze, Stress in Uni und Schule, ständige Erreichbarkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse prägen unseren Alltag. Die logische Konsequenz ihrer Politik ist Altersarmut für millionen Menschen. Eine bezahlbare Wohnung zu finden grenzt in dieser Stadt an ein Wunder – während die Bonzen vom Killesberg kaum wissen, wohin mit dem Geld. Dass die soziale Ungerechtigkeit wächst, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, ist nicht weiter zu übersehen.
All diese Übel sind auf ein und die selbe Ursache zurück zu führen: Der Kapitalismus. In diesem System geht es nicht anders als „Ellenbogen raus“ und „alle gegen alle“ - um am Ende doch mit leeren Händen dazustehen. Deshalb stehen wir für einen radikalen Bruch mit diesem System. Wir wollen uns diese unzumutbaren Zustände nicht länger gefallen lassen. Wir übernehmen also Verantwortung und kämpfen gegen den Kapitalismus der uns nichts mehr bieten kann. Gegen seinen Rechtsruck und seine Kriege, für eine bessere Welt von morgen und übermorgen.

Antikapitalistischer Block auf DGB-Demo
9^{30} Uhr - Marienplatz

Revolutionäre 1.Mai-Demo
11^{30} Uhr - Schlossplatz

Internationalistisches Fest
ab 14 Uhr - Linkes Zentrum

dig und gleichwertig schätzt und den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum allen zu kommen lässt, wird nicht innerhalb des Kapitalismus umsetzbar sein. Denn es liegt im Wesen des kapitalistischen Systems, Menschen auszubeuten, um Profite zu steigern und die Klasse der Lohnabhängigen zu spalten (ob in Alt und Jung, MigrantIn oder „DeutscheR",...).
Es liegt daher in unseren Händen, ob wir uns zusammen tun und gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen oder jede und jeder nur nach sich selbst schaut.

Daher ist es wichtig, dass wir uns auch aktiv einbringen – bei Mitgliederversammlungen, bei der Streikvorbereitung, in Betriebsgruppen, oder auch am 1. Mai!

Beteiligt euch an den Aktivitäten und bringt Leute mit! Verändern wir gemeinsam und solidarisch die Verhältnisse!

Auch am Ersten Mai 2018 werden wir lautstark und entschlossen auf die Straße gehen. Der Erste Mai ist unser Tag – und es ist höchste Zeit zu handeln!



Alle Infos auf:
erstermai-stuttgart.tk

KOMMENTAR: Der Streik im ÖD geht auch die kirchlichen Beschäftigen etwas an

STREIKEN GEGEN GOTT?

Während am 19. März 2018 nahezu alle Kitas der Stadt Stuttgart durch den Streik des Jugendamts geschlossen blieben, öffneten die kirchlichen Einrichtungen planmäßig die Türen. Kein Streik, keine Störung im Betriebsablauf. Business as usual. Dieser Umstand ist nicht neu, genauso wenig ist er hinnehmbar.

Die beiden großen Kirchen sind nach dem Staat der größte Arbeitgeber. Knapp 1,3 Millionen Menschen arbeiten in kirchlichen Krankenhäusern, Kitas und Kindergärten, Pflegeeinrichtungen, als Hausmeister oder in der Verwaltung. Seit jeher setzen die Kirchenoberen mit dem „Dritten Weg" eine von oben verordneten Sozialpartnerschaft innerhalb der Kirche knallhart durch. Die Löhne sind bei Protestanten und Katholiken zwar an den TVöD angelehnt, aber real in vielen Bereichen wesentlich schlechter. Der Umstand an sich ist nicht verwunderlich. Von Sozialpartnerschaft, also dem Leugnen des Interessengegensatzes zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, profitieren am Ende immer nur die Unternehmen. In diesem Fall die beiden großen Kirchen. Hier treibt das ganze noch weitere Blüten. Der durch Kirchengesetze verankerte „Betriebsfrieden" zieht ein faktisches Streikverbot nach sich und macht es den Beschäftigten schwer für ihre Interessen einzutreten. Auch deswegen blieben die Türen der kirchlichen Einrichtungen an Streiktagen geöffnet.
Soweit so schlecht. Und dennoch kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken – miese Löhne sind schließlich nicht gottgegeben, sondern veränderbar. Die aktuelle Tarifrunde ist dafür ein gutes Beispiel und die geht auch die KollegInnen innerhalb der Kirche etwas an. Erstens, weil in der aktuellen Auseinandersetzung Verbesserungen erkämpft werden, die mit Abstrichen auch innerkirchlich ankommen. Und zweitens, weil der Streik zeigt wie Veränderung entsteht: Nicht durchs Hände falten, sondern durchs Anpacken. Und damit muss niemand warten: Sprecht euch in der kirchlichen Belegschaften ab und schaut, dass einige von euch zur Streikkundgebung gehen können. Schafft an eurem Arbeitsplatz Öffentlichkeit für die Anliegen der Streikenden. Macht kleine und große Solidaritätsaktionen. Werdet Gewerkschaftsmitglieder.

Die Dinge ändern sich dann, wenn sie in die Hand genommen werden. Dass auch die Kirche kein streikfreier Raum ist, haben zuletzt Pflegekräfte im Saarland gezeigt, die dort ein katholisches Krankenhaus bestreikt haben.

Auf dass bei den kommenden Tarifverhandlungen mehr Kitas und Krankenhausstationen geschlossen bleiben!

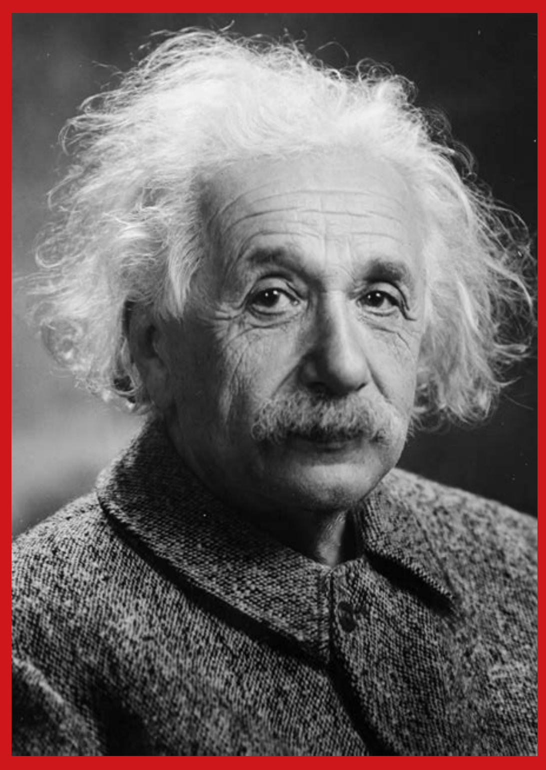
WESSEN STAAT IST DAS EIGENTLICH?

Ist das unser Staat und unsere Regierung mit dem ver.di über eine Lohnerhöhung verhandelt? Oder anders gefragt: Wenn es unser Staat wäre, warum muss dann ver.di überhaupt verhandeln?

Natürlich sind das zwei rhetorische Fragen. Aber sie zeigen, worum es im Kern geht: „Der Staat"; sprich die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland, sind nicht so demokratisch oder gar „neutral" wie es oft behauptet wird. Im Wesentlichen teilt sich unsere Gesellschaft in zwei große, sich in ihren wirtschaftlichen Interessen gegenüberstehende Klassen.
Auf der einen Seite wir. Also die Menschen, die ihre Arbeitskraft tagtäglich verkaufen müssen, weil ihnen nichts anderes gehört, bzw. übrig bleibt, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Auf der anderen Seite die Klasse der Besitzenden; das Bürgertum, von manchen auch Kapitalisten genannt.
Was würde passieren, würden wir ihren Reichtum in Frage stellen? Weil wir z. B. zu der gemeinsamen Ansicht gelangt sind, dass alle Menschen ein materiell sorgenfreies Leben führen können sollten. Und es ohnehin wir, d. h. unsere Klasse, ist, die den Reichtum der „Bürger" erarbeitet?!
Meint ihr, „die da oben" würden unsere Forderung gut finden und Einsicht zeigen? Oder würden sie ihren Staat; sprich Polizei, Justiz und ggf. die Bundeswehr gegen uns vorgehen lassen? Die Antwort liegt auf der Hand.

Okay, die Bundesrepublik Deutschland besteht nicht nur aus der Polizei, der Justiz und der Bundeswehr. Es gibt auch z. B. Schulen, die Gemeindeverwaltung, die städtischen Ver- und Entsorgungsbetriebe, Kitas, Bauhöfe oder staatliche Kranken- und Pflegehäuser. Vor rund 20 Jahren waren sogar die Post (inkl. Telekommunikation) und die Bahn sogenannte staatliche Eigenbetriebe und keine Aktiengesellschaften. Aber eben nur, solange dies notwendig war, um die heutige kapitalisti-

Albert Einstein



„Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu dieser Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen. […] Diese Lähmung des einzelnen halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzdenken eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere zu sehen.
Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer angeborenen Fähigkeiten einen Verantwortungssinn für die Mitmenschen entwickeln anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft."

Aus dem Essay „Why Socialism", 1949 erstmals veröffentlicht in der Zeitschrift „Monthly Review"

sche Wirtschaftsweise herzustellen, bzw. am Laufen zu halten. Die Existenz des Sozialismus in Osteuropa, die Angst der westlichen Eliten vor ihm sowie die damals sehr kämpferischen Gewerkschaften taten ein Übriges.

Der Sozialismus z. B. in der DDR hatte viele Fehler. Deswegen gibt es ihn nicht mehr. Und auch unsere Klasse war schon mal kämpferischer und politisch engagierter. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Herrschenden sich trauen, weite Teile der ehemals staatlichen Infrastruktur zu privatisieren. Sprich den „Sozialstaat“ Stück für Stück abzuschaffen und „den Staat“ auf seinen Kern zu reduzieren, also auf die staatliche Verwaltung und Institutionen wie die Polizei oder die Bundeswehr.
Die Bundesrepublik Deutschland könnte ein so reicher Staat sein, würden die „oberen Zehntausend“ nur genügend Steuern zahlen. Weil sie das einfach nicht tun, sind sie zu reich. So reich, dass sie ständig nach profitablen Anlagemöglichkeiten für ihr Geld suchen. Das können Spekulationsgeschäfte an der Börse sein oder privatisierte ehemalige Staatsunternehmen wie Krankenhäuser oder Wohnungsbaugesellschaften.
Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen und umkehren, wird es bald keine Tabus mehr beim Privatisieren geben. Krankenhäuser, Pflegeheime und die Stadtwerke, aber auch Schulen, Gefängnisse oder die „öffentliche Sicherheit“. Mit allen lässt sich „privatisiert“ viel Geld verdienen.

Stellst du dir noch immer die Frage, wessen Staat das ist, in dem du lebst? Oder möchtest du mit uns für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus kämpfen?!

INITIATIVE KLASSENKAMPF STUTTGART

Zunehmend unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, Miet- und Fahrpreiserhöhungen, Schikanen im Jobcenter, Kürzungen im Bildungswesen und im sozialen Bereich. Diese und noch viele weitere Symptome eines nach Profitinteressen ausgerichteten Systems prägen für immer mehr Menschen den Alltag. Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen – mit Streiks, Demonstrationen und anderen Aktivitäten.

Das offene Treffen der Initiative Klassenkampf hat zum Ziel diese Aktivitäten in den Betrieben und auf der Straße solidarisch und entschlossen zu unterstützen und mit zu initiieren. Bei unserer praktischen Arbeit stehen konkrete Aktivitäten gegen weitere Angriffe auf die Arbeits- und Lebenssituationen der Klasse der Lohnabhängigen, sowie offensive Kämpfe für konkrete Verbesserungen im Mittelpunkt. Wir begreifen diese Kämpfe darum auch als Schritte zur Entwicklung einer Perspektive fernab eines Systems, das auf Profitmaximierung und Konkurrenzkampf beruht. Der Vereinzelung und Konkurrenz setzen wir unsere Organisierung und Solidarität entgegen.

Zu den monatlich stattfindenden offenen Treffen sind alle eingeladen, die sich ebenfalls als GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Erwerbslose, SchülerInnen oder Studierende mit anderen austauschen und gemeinsam aktiv werden wollen. Es werden sowohl konkrete Protestaktionen geplant, als auch Diskussionen geführt und Veranstaltungen organisiert. Welche Schwerpunkte wir setzen und zu welchen Bereichen wir als nächstes aktiv werden hängt auch von deinen Ideen und Vorschlägen ab.



Solidaritätsaktion für die Arbeitskämpfe in Frankreich im vergangenen Jahr.

Nächstes offenes Treffen der Initiative:

Am Mittwoch, den 18.04.2018 um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart-Heslach)

Weitere Infos:

initiativeklassenkampf.wordpress.com

DER RECHTSRUCK WIRD GREIFBAR

Die AfD ist rassistisch und arbeitnehmerInnenfeindlich – soweit, so bekannt. Wir kennen alle die hetzerischen Phrasen, mit denen die Partei nun seit Herbst letzten Jahres auch Stimmung im Bundestag macht. Forderungen, wie an der Grenze auf Frauen und Kinder zu schießen schufen Empörung und Widerspruch. Doch das gesellschaftliche Klima hat sich, wie von der AfD gewollt, verändert. Der Rechtsruck greift voll um sich; etablierte Parteien rücken weiter nach rechts, aus Angst, weitere WählerInnenstimmen zu verlieren und in Talkshows wird darüber philosophiert, wen man denn als erstes ganz schnell abschieben muss, statt sich darüber zu unterhalten, wie Integration funktionieren kann. Wir sind von Kommentaren unter der Gürtellinie kaum noch beeindruckt - „das wird man ja wohl noch sagen dürfen"...



Doch damit nicht genug. Abseits des Rampenlichts gibt es weitere Auswüchse des Rechtsrucks, die mindestens genauso bedrohlich sind. Neue Organisationen gründen sich und stellen sich ganz bewusst in eine extrem rechte, teils faschistische Tradition und machen sich zur Aufgabe, „das bedrohte Abendland zu befreien". Einige Beispiele hierfür sind „Der Dritte Weg", „Die Rechte", aber auch die „Identitäre Bewegung".
Inzwischen versuchen sie auch Themen zu besetzen, die emanzipatorisch anmuten und in der Vergangenheit eher links geprägt waren – zum Beispiel Frauenrechte.

Genau das passiert in Kandel. Nachdem im Dezember 2017 ein Geflüchteter seine Ex-Freundin umbrachte, gab es in der kleinen Stadt in der Pfalz fünf Aufmärsche aus dem rechten Lager, die nichts mit Anteilnahme zu tun hatten, sondern diese Tat nutzten, um Stimmung zu machen. Wer diesen Mord richtig einordnet, macht nicht alle Geflüchteten zu Mördern, sondern thematisiert die Gewalt gegenüber Frauen, kritisiert die immer noch ungleiche Behandlung und Unterdrückung von Frauen und das überall auf der Welt und vor allem nicht nur durch Migranten!
In Kandel hat sich seit März auch die AfD eingeschaltet, weil es in ihren Augen „etwas zu holen" gibt – unter ihrer Federführung marschierten bis zu 3500 Rechte, Nazis und besorgte Bürger. Wie schon zu Pegida-Zeiten klinkt sie sich ein, übernimmt das Ruder und baut sich mehr und mehr Rückhalt in der Bevölkerung auf. Und so zogen Hooligans gemeinsam mit religiösen Frauen, „besorgte Bürger" gemeinsam mit der Identitären Bewegung und AfDler mit ahnungslosen, mitgeschleppten Kindern durch die Stadt zu Parolen wie „Merkel muss weg" und „Ausländer raus – Deutschland den Deutschen".

Erst am 24. März gelang es, die rechten zurückzudrängen. Ein breites Spektrum aus Parteien, antirassistischen Organisationen, Gewerkschaften und antifaschistischen Initiativen bildete die Mehrheit auf Kandels Straßen. Das machte deutlich, dass es eben nicht legitim ist, einen solchen Übergriff, sei er auch noch so schlimm, dafür zu nutzen, Hetze zu betreiben, Gewalt gegen Geflüchtete zu rechtfertigen und dazu das ganze noch auf dem Rücken des Opfers und allen Frauen, die je Opfer von Gewalt wurden.

Aber was bedeutet das für uns?
Kandel zeigt, dass wenn viele Menschen auf die Straße gehen und sich den rechten entgegenstellen, dem Rechtsruck auch etwas entgegengesetzt werden kann. Der Aufmarsch konnte nicht verhindert werden, aber es waren bedeutend weniger Nazis da, auch weil ihre Anreise teilweise verhindert wurde. Und vor allem haben wir ihnen nicht die Straße und das Thema der Frauenrechte überlassen. Sie sind diejenigen, die patriarchale Verhältnisse beibehalten wollen und Sexismus und Unterdrückung nur in anderen Kulturen verurteilen. Sie nehmen Verbrechen wie das in Kandel zum Anlass, sich in die öffentliche Debatte einzubringen und sie für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie Hintergründe verdrehen, Probleme umdeuten und Sündenböcke kreieren. Letztlich schaffen sie ein „Wir" und „Die", wo es keines gibt: Es gibt nicht die Schublade „Die Ausländer" und schon gar kein „wir Deutsche". So plump ist die Welt nicht

und so einfach dürfen wir es uns nicht machen. Und es heißt eben auch nicht „wir deutschen Frauen“ sind bedroht von „dem Islam“.
Dass Menschenfeinde wie etwa die AfD also für „Frauenrechte“ auf die Straße gehen ist ebenso verlogen wie gefährlich.
Dabei ist auch klar, dass wenn der Rechtsruck das gesamtgesellschaftliche Klima prägt, wir den Kampf dagegen nicht nur den Politikern in den Parlamenten überlassen dürfen! Und wenn wir genauer hinschauen, ist die Politik der letzten Jahre dafür verantwortlich, dass Hetze und Spaltung erst auf fruchtbaren Boden fallen! Warum sollten die, die erst seit kurzem hier in Deutschland sind daran schuld sein, wenn es uns (Frauen) schlecht geht? Es ist die Frauen- und Familienpolitik, die so schlecht betrieben wird, dass Frauen sich immer noch zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen und finanziell abhängig von Männern sind. Es ist die Agenda 2010 weswegen viele am Existenzminimum leben. Es ist die schier endlose Kürzung des Sozialen, weswegen viele am Rande der Gesellschaft stehen. Es ist die imperialistische Politik des Krieges, der Aufrüstung und Ausbeutung, die Menschen erst dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen und hier herzukommen. „Merkel muss weg“-Rufe, die eine starke, führende Hand implizieren, helfen da nicht! Im Gegenteil; Ausgrenzung, Unterdrückung und Ausbeutung führen - und das hat uns die Geschichte gelehrt - nicht zur Lösung sozialer Probleme, sondern verschärfen sie.

Was also tun?

In erster Linie gilt es, genau hinzuschauen! Was passiert da? Was steckt hinter dem Engagement einer Bewegung?
Miteinander reden! So banal es sich anhört, das Gespräch, die Diskussion auf dem Schulhof, im Betrieb und in der U-Bahn ist unersetzbar um mit Vorurteilen aufzuräumen und zu verstehen, was um uns herum passiert. Nicht zuletzt auch um den eigenen Blick zu schärfen, Positionen zu überdenken und sich eine Meinung zu bilden.
Aktiv werden! Darauf zu warten, dass jemand anderes schon dazwischen gehen wird, wenn jemand auf der Straße angegriffen wird. Dass jemand anderes was für mich regelt, dass jemand anderes meine Rechte verteidigt ist keine Option. Und dass Nazis bestimmen, wie es mir als Frau geht und was ich zu tun habe, geht erst recht nicht!

Es gibt nichts gutes, außer man tut es! Lasst uns gegen rechte Umtriebe auf die Straße gehen; egal, welches Thema sie gerade aufgreifen – denn sie stehen für Spaltung, Hass und Hetze.
Wir aber wollen ein gleichberechtigtes, solidarisches Miteinander und werden es verteidigen und uns erkämpfen!

STUTTGART GEGEN RECHTS

Weltweit ist eine Politik der Spaltung und Ausgrenzung, ein Rückfall in Nationalismen und längst überwunden geglaubte Gesellschaftsbilder auf dem Vormarsch. In Deutschland erleben wir mit dem Erstarken der „AfD“ diese Entwicklung nicht nur in den Parlamenten. Die geistige Brandstiftung trägt auf der Straße Früchte und ist am Ende mitverantwortlich für eine Stimmung, in der die Zahl rechter Übergriffe steigt und brennende Flüchtlingsunterkünfte wieder bejubelt werden. Auch in Stuttgart müssen wir das erleben.
Doch wir nehmen diese Entwicklung nicht einfach hin!
Wir, das ist ein Bündnis aus antirassistischen Gruppen, Gewerkschaften, antifaschistischen Initiativen, Parteien, Parteijugenden und Einzelpersonen. Uns eint die Überzeugung, dass dem Rechtsruck nicht tatenlos zugesehen werden darf.
Dieser Entwicklung muss etwas entgegengesetzt werden.
Gemeinsam organisieren wir Proteste gegen rechtspopulistische Treffen, rassistische Veranstaltungen und rechte Aufmärsche.
Menschenverachtende Hetze hat auf den Straßen unserer Stadt und auch anderswo nichts zu suchen!
Darüber hinaus klären wir mit Infoveranstaltungen über die Hintergründe des Rechtsrucks auf und beteiligen uns an der Debatte über Gegenstrategien.



WER WIR SIND

Wir sind DGB-Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Branchen, die gemeinsam über betriebliche und politische Themen diskutieren.
Uns verbindet, dass wir die Gewerkschaft als notwendig erachten, um die Verhältnisse zu verändern, aber wissen, dass die Gewerkschaft alleine das kapitalistische System nicht überwinden kann und wird. Wir engagieren uns für ein Gesellschaftssystem, in dem es keine Unterdrückung aufgrund des Geschlechts oder der Herkunft gibt, ein System, das keine Kriege führt und Menschen unterdrückt und ausbeutet. Was wir wollen ist eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.
Wir sind parteipolitisch unabhängig und sehen uns nicht in Konkurrenz zu anderen linken Zeitungsprojekten. Statt dessen sehen wir die „Solidarität" als Ergänzung und wollen mit ihr die Kämpfe im Betrieb und auf der Straße zusammen bringen.

Mit dieser Zeitung wollen wir zum Nachdenken anregen, aber auch Möglichkeiten aufzeigen, wie und wo man aktiv werden kann.



SOLIDARITÄT

Ihr könnt uns gerne schreiben – die Zeitung ist ein Produkt verschiedener Menschen aus unterschiedlichen Betrieben und politischen Arbeitsfeldern. Wir wollen mit ihr Erfahrungen sammeln und freuen uns über Kritik, Anregungen und Feedback!

Weitere Infos & die letzten Ausgaben findet ihr unter solidaritaetinfo.wordpress.com

Unsere Mailadresse lautet solidaritaet-zeitung@riseup.net



Aktiv werden? Na klar!



Initiative Klassenkampf Stuttgart (IKKS)
Das Treffen findet jeden 2. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann statt.
Infos: initiativeklassenkampf.wordpress.com



Veranstaltungsort & soziale Bewegungen
linkeszentrumstuttgart.org



Gemütlich zusammensitzen & sich austauschen
cafe-suedstern.org



Aktuelles immer auf
fb.com/redactstuttgart



Weitere Infos und Texte
revolutionaere-aktion.org

V.i.S.d.P.: Benedikt Recker, Lindenspürstraße 35 d, Stuttgart